

ZUM SONNTAG

«Dienstleistungsbetrieb»

An der diesjährigen Synode der Evangelischen Bündner Kirche sollen sich die Teilnehmer – wie im «Bündner Tagblatt» berichtet wurde – darüber einig gewesen sein, dass die Kirche «kein Dienstleistungsbetrieb» sei.

Ein schönes Wort ist es zweifellos nicht und für die Kirche nicht gerade passend. Es kann gewiss nicht bloss deren Aufgabe sein, spezifisch religiöse Produkte an die Menschen zu bringen, welche diese bei besonderen Gelegenheiten allenfalls noch von der Kirche erwarten. Damit bestünde die Gefahr, lediglich aktuellen gesellschaftlichen Ansprüchen entgegenzukommen und diese so gut wie möglich zu befriedigen. Allzu oft betreffen diese vorwiegend Bedürfnisse nach Unterhaltung, Erlebnissen und Aktionen, die Spass machen. Mit der Botschaft und dem Anspruch des Evangeliums haben diese Erwartungen der heutigen Erlebnisgesellschaft oft wenig mehr zu tun.

Trotzdem heisst es mit einer schnellen und unreflektierten Distanzierung vom Begriff «Dienstleistungsbetrieb» vorsichtig zu sein. Würde sich die Kirche von der wichtigen, ja zentralen Aufgabe des Dienstes am Menschen distanzieren oder diese geringschätzen, würde sie dem biblischen Ruf danach nicht gerecht werden. Beispiele dafür sind zahlreich. Jesus selbst erklärte von sich, er sei nicht gekommen, damit ihm gedient werde, sondern damit er diene (Matth. 20,28). Die Glaubenden werden im ersten Petrusbrief ermahnt, einander mit den Gaben zu dienen, die sie empfangen haben, und Paulus lobt die im Geiste Jesu Dienenden, sie seien «Gott wohlgefällig und bei den Menschen bewährt» (Röm. 14,18).

Was den einzelnen Menschen aufgetragen ist, gilt in besonderer Weise für die im Dienste der Kirche stehenden Verkündiger. Es kann zwar – um es nochmals zu bekräftigen – nicht deren vordringliche Aufgabe sein, mit ihren Unternehmungen der Spiel und Spass suchenden Erlebnisgesellschaft religiöse Unterhaltung zu bereiten. Aber sie hat da mit ihrem Dienst der Mitmenschlichkeit gegenwärtig zu sein, wo die Menschen mit den Fragen und Nöten des Lebens nach Hilfe und Antwort suchen. Dies lässt sich aber nicht nur mit äusseren «Dienstleistungen» verwirklichen, sondern vor allem in Gespräch und Begleitung des Menschen auf der Suche nach innerem Halt. Es ist der Dienst der Seelsorge.

Pfarrer Hans Senn, Chur

LYRISCHE ECKE

«Das Gebet ist der Schlüssel für den Morgen und der Türriegel für den Abend»

Mahatma Gandhi



Bündner Tagblatt

**Herausgeberin:** Südostschweiz Presse und Print AG. Verleger: Hanspeter Lebrument, CEO: Andrea Masüger.

**Redaktionsleitung:** Larissa M. Bieler (Chefredaktorin, lmb), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Susanne Taverna (Produktionschefin, na).

**Redaktion:** Sarah Blumer (Beilagenredaktion, blu), Sabrina Bundi (bun), Christian Buxhofer (cb), Gieri Dermont (Aussenredaktion Surselva, de), Denise Erni (dni), Silvia Kessler (ke), Marc Melcher (mm), Sabine-Claudia Nold (nol), Cornelius Raeber (Beilagenredaktion, cr), Julian Reich (Leitung Ressort Kultur, jul), Thomas Spinas (ts), Claudio Willi (Wi), Redaktion Sport: René Weber (Leitung, rw), Hansruedi Camenisch (Stv., ca), Kristian Kapp (kk), Johannes Kaufmann (jok), Jürg Sigel (js). Bildredaktion: Marco Hartmann (Leitung, ham), Yanik Bürkli (yb), Rolf Canal (rc), Theo Gstöhl (thg), Olivia Item (oi). Redaktionelle Mitarbeiter: Juscha Casaulta (jc), Kerstin Hasse (ha), Jonas Schneeberger (jos).

**Redaktionsadressen:** Bündner Tagblatt, Comercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 23, E-Mail: redaktion-bt@suedostschweiz.ch.

**Verlag** Südostschweiz Presse und Print AG, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 10, E-Mail mholdener@suedostschweiz.ch.

**Abo- und Zustellservice:** Tel. 0844 226 226, E-Mail abo@suedostschweiz.ch.

**Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i.S.v. Art. 322 StGB:** Südostschweiz Radio AG, Südostschweiz TV AG, Südostschweiz Emotion AG, Südostschweiz Pressevertrieb AG, Südostschweiz Partner AG.

**Anzeigen** Südostschweiz Publicitas AG, Comercialstrasse 20, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59. Weitere Verkaufsstellen in Arosa, Ilanz, Lenzerheide und Thusis.

Erscheint sechsmal wöchentlich  
Reichweite «Die Südostschweiz»:  
121 187 Exemplare (WEMF/SW-beglaubigt),  
240 000 Leser (WEMF/SW-beglaubigt).

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen On-line-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

LEITARTIKEL

Zeit für eine neue Bündner Zauberformel

Im nächsten Jahr wird die Bündner Regierung neu bestellt. Da Volkswirtschaftsdirektor Hansjörg Trachsel (BDP) aufgrund der Amtszeitbeschränkung zu den Wahlen vom 15. Juni 2014 nicht mehr antreten kann, steht bereits fest, dass es im

„  
Wer folgt  
2015  
auf Hansjörg  
Trachsel?  
„

fünfköpfigen Gremium per 2015 mindestens eine personelle Veränderung geben wird. Ob die wieder kandidierenden Regierungsräte Barbara Janom Steiner (BDP, seit 2008), Mario Cavigelli (CVP, seit 2011), Martin Jäger (SP, seit 2011) und Christian Rathgeb (FDP, seit 2012) vom Stimmvolk quasi in globo durchgewunken werden, ist derzeit noch offen. Die Abwahl des einen oder anderen Magistraten wäre aber zum heutigen Zeitpunkt eine grosse Überraschung.

Wahlen sind für das Stimmvolk und damit auch für Interessengruppen die einzige Gelegenheit, bestehende Machtverhältnisse zu zementieren oder zu verändern. Bezogen auf die Gesamterneuerungswahl der Bündner Regierung stehen hier parteipolitisch drei Szenarien im Vordergrund: Bestätigung des Ist-Zustandes (zwei BDP, je ein CVP, FDP und SP); Konzentration auf eine wirtschaftsfreundliche bürgerliche Regierung unter Ausschluss von SP, Grünen und Grünliberalen (zum Beispiel zwei BDP, je ein CVP, FDP

und SVP); Einbezug aller wesentlichen Kräfte im Kanton (je ein BDP, CVP, FDP, SP und SVP).

Einen ersten, sehr entscheidenden Pflock hat im Juni die BDP eingeschlagen. Mit der Nomination ihres Präsidenten Jon Domenic Parolini hat sie klargemacht, dass sie in der Bündner Regierung weiterhin zwei Sitze besetzen möchte. Und mit dem Scuoler Grossrat und Gemeindepräsidenten kann die BDP erst noch argumentieren, dass es ihr weniger um ein Festhalten an Machtansprüchen geht, sondern um gute Köpfe, welche die Regierung brauche.

Regierungsratswahlen sind tatsächlich Persönlichkeitswahlen. Doch entscheidend ist letztlich auch, wie eine Regierung parteipolitisch zusammengesetzt ist. Je näher sich die Regierungsmitglieder politisch stehen, desto kürzer dürften die wöchentlichen Regierungssitzungen ausfallen. Auf welche Akzeptanz die getroffenen Entscheide dann aber in der Öffentlichkeit stossen, ist eine andere Frage. Das

„  
Parteizugehörigkeit  
ist genauso  
entscheidend wie  
Persönlichkeit  
„

Tourismusabgabengesetz und Olympia lassen grüssen. Je breiter ein Geschäft bereits innerhalb einer Regierung diskutiert und «geschliffen»



Christian Buxhofer

wird, desto grösser die Chance, dass es auch die öffentliche Debatte übersteht. Und je früher alle Meinungen in die inhaltliche Auseinandersetzung eines Themas einfließen, desto kleiner ist die Gefahr, dass sich die Verantwortlichen auf den Holzweg begeben. Autokratisch geführte Staaten und andere Länder mit einer Einparteiengierung haben es (bei klaren Mehrheitsverhältnissen im Parlament) bei der Entscheidungsfindung und -durchsetzung zwar einfacher, die Gefahr, dass die Entscheide zum Flop werden beziehungsweise die nächste Regierung alles wieder auf den Kopf stellt, macht diese Vorteile aber zunichte. Besser fährt, wer alle wesentlichen Interessengruppen von Anfang an in den Entscheidungsprozess einbezieht.

Im konkreten Fall der Bündner Regierung heisst dies nichts anderes, als dass grundsätzlich auch die SVP ins Graue Haus gehört – sofern es ihr gelingt, einen fähigen Kandidaten zu nominieren. Zwar ist die «neue» SVP im Grossen Rat mit nur vier Abgeordneten vertreten, bei den Nationalratswahlen vom Oktober 2011 hat sie aber mit einem Wähleranteil von 25 Prozent ihre wahre Stärke an den Tag gelegt.

Bereits ein Jahr zuvor, bei den Regierungsratswahlen 2010, erreichte ihr damaliger Kandidat Heinz Brand ein beachtliches Resultat. Die SVP als wählerstärkste Partei weiterhin in die Oppositionsrolle zu verbannen, ist für Graubünden kein Erfolgsrezept. Die anstehenden Probleme müs-

sen vielmehr vereint angepackt und gelöst werden, ohne dass es regelmässig zu zeitaufwendigen Auseinandersetzungen in Form von Referenden kommt und die Verantwortlichen immer wieder auf Feld eins zurückgepfiffen werden.

Dies lässt sich nur bewerkstelligen, wenn es nach der Zäsur von 1999, als nach einem Unterbruch von fast 30 Jahren die Bündner Sozialdemokraten wieder in die Regierung einzogen, zu einer weiteren Zäsur kommt. Die neue Bündner Zauberformel wird aus lauter Einsen bestehen müssen.

In die Bündner Regierung gehören je ein Vertreter von BDP, CVP, FDP, SP und SVP.

„  
Auch die  
Bündner SVP  
gehört ins  
Graue Haus  
„

Nur so kann der neuen Parteienlandschaft Graubündens Rechnung getragen werden. Gelegentliche Abweichungen sollte es bis zur nächsten markanten Veränderung der Parteienlandschaft Graubündens nur dann geben, wenn es einer dieser fünf etablierten Parteien nicht gelingt, fähige Köpfe zu portieren, und/oder kleinere Parteien und Gruppierungen wie etwa die Grünliberale Partei (GLP) mit herausragenden Persönlichkeiten ins Rennen steigen. Allerdings: Von Formeln wird sich die Bündner Stimmbürgerschaft kaum leiten lassen. Und das lässt einmal mehr spannende Regierungsratswahlen erwarten.

Momentaufnahme



Wunsch nach Wechsel

Zum Jubiläum der Revolution hat Kubas Präsident Raúl Castro (links) seinen Wunsch nach einem Generationswechsel an der Staatsspitze bekräftigt. Die historische Revolutionsgarde werde ihren Platz «ruhig und vertrauensvoll» an die jüngeren Generationen abtreten, sagte der 82-jährige Staatschef gestern in Santiago de Cuba. Mit rund 10 000 geladenen Gästen feierte Kubas Führung dort den 60. Jahrestag des gescheiterten Sturms auf die Moncada-Kaserne, der als offizieller Beginn der Revolution von 1959 gilt. Eingeladen waren acht Staats- und Regierungschefs der Region, darunter Uruguays Präsident Jose Mujica (rechts).

(Ky)

Mittelpunkt

Ex-IWF-Chef wird Prozess gemacht

In der Affäre um einen Callgirl-Ring wird Ex-IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn vermutlich der Prozess gemacht. Strauss-Kahn solle wegen «schwerer gemeinschaftlicher Zuhälterei» vor ein Strafgericht gestellt werden, teilte die Staatsanwaltschaft im nordfranzösischen Lille gestern mit.

Von Claudio Dulio

Bei den Vorwürfen geht es um Sex-Partys mit Prostituierten. An denen sollen neben Dominique Strauss-Kahn auch ranghohe Polizisten und Geschäftsmänner teilgenommen haben.

Strauss-Kahn bestreitet nicht, an den Sex-Partys in Luxushotels in den Jahren 2009, 2010 und 2011

teilgenommen zu haben. Der frühere Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) will aber nicht gewusst haben, dass es sich bei den Frauen um Prostituierte handelte.

Verfahren im Juni eingestellt

Mitte Juni hatte die Staatsanwaltschaft von Lille eine Einstellung des Verfahrens gegen den Ex-IWF-Chef und einstigen Hoffnungsträger von Frankreichs Sozialisten beantragt. Gegen Strauss-Kahn läge nicht genug belastendes Material vor.

Die ermittelnden Untersuchungsrichter sahen dies aber offenbar anders und erhoben Anklage. Die Staatsanwaltschaft könnte dagegen Rechtsmittel einlegen. Gestern teilte die Behörde zunächst nicht mit, ob sie das vorhat.

Neben Strauss-Kahn soll zwölf weiteren Verdächtigen der Prozess wegen des selben Delikts gemacht werden.